Abg. Hurnik lobte die Arbeit des Kommunalen Integrationszentrums (KI) und äußerte die Hoffnung, dass die Arbeit auch im Jahr 2018 fortgeführt werden könne.

Mit Blick auf die Abstimmung zu TOP 4.1 machte er darauf aufmerksam, dass Herr Neuber aufgrund von Befangenheit nicht an der Beratung und Beschlussfassung teilnehmen könne.

Anmerkung: Herr Neuber verließ daraufhin seinen Platz im Ausschuss und begab sich unter die Zuschauer.

Auf die Nachfrage von SkB Droste, wie sich die Projektmittel in Höhe des Betrages von 7.200,- € zusammensetzten, erklärte KD'in Heinze, dass Herr Neuber in seiner Funktion als Neubürgerbeauftragter sowohl einen monatlichen Auslagenersatz in Höhe von 300,- € als auch zusätzliche Projektmittel von jährlich 7.200,- € erhalte.

Anknüpfend an die Ausführungen des Abg. Hurnik erklärte Abg. Steiner, trotz des anfänglichen Widerstandes werde die Arbeit des KI nun auch von den Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises anerkannt und geschätzt. Es habe sich gezeigt, dass die Einführung des KI letztlich doch die richtige Entscheidung gewesen sei.